



## PRESSEMITTEILUNG

18. März 2014

Fischmarkt 13, 99084 Erfurt, Tel. 0361/6707-0, E-Mail: info@thueringer-handwerkstag.de

### 22. Parlamentarischer Abend des Thüringer Handwerks am 19. März 2014

#### „DAS bewegt das Handwerk“ – Die Wahlprüfsteine des Handwerk

Gesellschaftlich bedeutende Entwicklungen wie der demografische Wandel oder die Energiewende gehören zu den Herausforderungen, denen das Handwerk aktiv begegnet. Dafür bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen. Wie diese aussehen sollten, diskutiert das Handwerk am 19. März während des 22. Parlamentarischen Abends mit den Fraktionsspitzen des Thüringer Landtages.

Im Vorfeld der Europa- und Kommunalwahlen sowie insbesondere der im Herbst stattfindenden Landtagswahl hat der Thüringer Handwerkstag „Wahlprüfsteine“ mit den wichtigsten Erwartungen und Forderungen für die kommenden fünf Jahre herausgegeben und die Grundlage für die Diskussion an diesem Abend sind.

Der Thüringer Handwerkstag ist Interessenvertreter von 31.600 Handwerksbetrieben, die im Freistaat einen zentralen Stabilisator der Thüringer Wirtschaft darstellen. Mit 148.000 qualifizierten Arbeitsplätzen und rund 6.700 Ausbildungsplätzen ist das Handwerk wichtiger Abreiter und Ausbilder.

Da die eigene Fachkräfteentwicklung für die Betriebe eine zentrale Zukunftssicherung darstellt, erwartet der Thüringer Handwerkstag von Land und Bund bei Fragen der Berufsorientierung sowie Aus- und Fortbildung ein deutliches Bekenntnis zum Dualen Ausbildungssystem und zur beruflichen Bildung. THT-Präsident Stefan Lobenstein schlägt in diesem Zusammenhang einen „Meisterbonus“ vor. „Berufliche Fortbildung wird im Gegensatz zur akademischen Fortbildung vom Staat finanziell deutlich schlechter honoriert. Thüringen sollte dem Vorbild anderer Bundesländer folgen und unsere Meisterabsolventen mit einem Meisterbonus für ihre Leistung belohnen.“

Im Bereich der Fachkräftesicherung haben Handwerk und Land im Verlauf der Legislaturperiode gut zusammengearbeitet, beispielsweise über das Projekt „Berufsstart Plus“ oder verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie im Rahmen von „Thüringen braucht dich“. Allerdings fehle, so Lobenstein, weiterhin Planungssicherheit für Betriebe und Lehrlinge in Sachsen Schulnetz.

Kritisch sieht der THT-Präsident das geplante Bildungsfreistellungsgesetz des Landes, welches ein Recht der Arbeitnehmer auf bezahlte Freistellung bei Qualifizierungen vorsieht. „Das Gesetz ist realitätsfern und viel zu bürokratisch“, so Lobenstein.

Ebenfalls in der Kritik stand im letzten Jahr der Plan aus dem Thüringer Wirtschaftsministerium, die Energieeffizienz der Gebäude per Gesetz zu steigern. „Wir alle wissen, dass der beste Weg der Energiewende jener ist, der Energie gar nicht erst verbraucht. Das erreichen wir aber nicht durch Zwang. Bürger und Unternehmen brauchen Anreize und einen politischen Wendepunkt, der nachvollziehbar und allen Seiten gegenüber gerecht ist“, betont Lobenstein.

Im Bereich der Kommunalpolitik betont der THT-Präsident, dass Steuern und Abgaben nicht die Option sein dürften, die klammen Kassen zu füllen. Vielmehr sollten auch hier die Rahmenbedingungen den Betrieben zum Erhalt ihrer Leistungsfähigkeit dienen.

Positiv bewertet Lobenstein die zurückliegende Legislaturperiode der Regierungskoalition. Maßnahmenpakete wie das Mittelstandsförderpaket, die Reduzierung der Zahlungsfristen bei öffentlichen Aufträgen, die Sicherung von Beteiligungen, Bürgschaften, Zuschüssen sowie Förder- und Mikrokrediten stehen hierbei deutlich auf der Habenseite der Landesregierung. Unzufrieden zeigt sich Lobenstein mit dem bisher erarbeiteten Gesetzentwurf zum „Bildungsfreistellungsgesetz“, der einen Anspruch auf Freistellung des Arbeitnehmers von bis zu 5 Tagen im Jahr vorsieht. Es gebe in dem Entwurf ein nicht ausgewogenes Verhältnis von Kosten und Nutzen.

## **Zentrale Forderung und Positionen aus den Wahlprüfsteinen 2014:**

### **Bildung**

- Maßnahmen wie beispielsweise das Projekt „Berufstart Plus“ müssen auch zukünftig mit aktivem Einbezug der regionalen Wirtschaft fortgeführt werden.
- Planungssicherheit von Berufsschulstandorten.
- Die öffentliche Wahrnehmung des Handwerksmeisters ist zu stärken, und die Förderbedingungen analog anderer Bundesländer praxisnah zu reformieren.
- Das Thüringer Handwerk fordert, einen so genannten Meisterbonus in Höhe von 1.000 Euro pro Absolvent im Freistaat einzuführen.

### **Mittelstandsförderung**

- Die Rückbürgschaften des Landes sind uneingeschränkt aufrechtzuerhalten.
- Die bestehenden Finanzierungsinstrumente und Fördermittel sind auf bewährtem Niveau fortzuführen.
- Bestehende Branchenausschlüsse wie z. B. beim Programm Thüringen Invest sind zurückzunehmen.
- Die Vorgaben für Antragstellung und Verwendungsnachweisführung im Rahmen der Wirtschaftsförderung müssen auf ein notwendiges Maß zurückgeführt und die Möglichkeit der Einführung von Pauschalen geprüft werden.
- Die bewährte Förderung des Beratungswesens der Handwerkskammern und Fachverbände zu betriebswirtschaftlichen und bildungsbezogenen Schwerpunkten ist uneingeschränkt fortzuführen.
- Das Handwerk erwartet künftig rechtzeitige und verbindliche Förderzusagen
- Die Präqualifizierung über die Thüringer Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern ist neben dem PQ-Verein anzuerkennen.
- Bei der Umsetzung der geplanten Gebiets- und Funktionalreform sind die Belange des Handwerks zu berücksichtigen.
- Bei der weiteren Entwicklung des ländlichen Raums muss die attraktive Gestaltung der Infrastruktur grundsätzlich gestärkt werden. Durch ein Breitband-Ausbauprogramm sind kommunale, regionale und unternehmerische Initiativen zielgerichtet zu unterstützen.

### **Steuern und Abgaben**

- Das deutsche Steuerrecht muss einfacher, gerechter und transparenter werden. Es bedarf dringend einer grundlegenden Einkommensteuerstrukturreform mit Begrenzung der „kalten Progression“ in der Lohn- und Einkommenssteuer durch den sog. „Tarif auf Rädern“.
- Der Steuerbonus als wirksames Instrument zur Bekämpfung der Schwarzarbeit muss erhalten bleiben.

- Eine erneute Reform der Erbschaftssteuer darf nicht zu einer Erhöhung der steuerlichen Belastung führen. Keine Einführung der Vermögenssteuer, einer Vermögensabgabe oder sonstiger Substanzsteuern.
- Die bürokratische Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge ist zurückzunehmen.

#### Energie

- Bei der Strompreisgestaltung muss ein weiterer Anstieg und eine Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der privaten Verbraucher verhindert werden.
- In der Energiepolitik muss eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung oberste Priorität besitzen. Die Preisentwicklung auf dem Energiesektor darf nicht zum Wettbewerbsnachteil für das regionale Handwerk führen. Die Politik ist hier als Regulator und Aufsicht gefordert.